

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.15/16 - 64. Jahrgang

23. August 2014

Irak: Hilfe für die Krisenregion

Hilfe für die Krisenregion: Das Anlaufen der humanitären Hilfe im Nordirak „rette Tausenden das Leben“, so SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi. „Wir müssen davon ausgehen, dass die IS-Terroristen Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen.“

Fahimi zeigte sich erleichtert, dass die Hilfe der internationalen Gemeinschaft im Nordirak „wirkt und dort Leben rettet“. Der Schwerpunkt der deutschen Beteiligung liege „in humanitärer Hilfe“. Am Mittwoch beschloss die Bundesregierung aber auch, bis zur kommenden Woche eine Lieferung von Waffen etwa zur Abwehr von Panzern zu prüfen. Man sei sich der Risiken bewusst, sagte Außenminister Steinmeier. Der Berliner Bundestagsabgeordnete Swen Schulz forderte eine Einbeziehung des Bundestags. Generell will die SPD Rüstungsexporte in Krisengebiete oder an Diktaturen unterbinden.

Als „Grundproblem“ des Irak bezeichnete Fahimi die Zerstrittenheit der politischen Klasse und die ungelöste Frage der gleichberechtigten Beteiligung aller religiösen und kulturellen Bevölkerungsgruppen. Hier bedürfe es „der Bildung einer inklusiven Regierung und einer umfassenden Verständigung aller Gruppen“.

Die Aktion Deutschland Hilft, das Bündnis deutscher Hilfsorganisationen, bittet dringend um Spenden für Opfer des Konflikts im Irak. Die Soforthilfemittel, die aus Spenden finanziert werden, werden in die nötigste Versorgung mit medizinischen Mitteln, Trinkwasser und Lebensmitteln fließen. 11,50 Euro kostet ein Hygiene Kit für Kleinkinder, 35 Euro kostet ein Nahrungsmittelpaket für eine Familie.

➔ Spenden-Stichwort: Nordirak, Spendenkonto: 102030, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00, IBAN DE62 3702 0500 0000 1020 30 **BS** □

Kampf gegen rechts:

„Demokratie leben“

Manuela Schwesig stärkt Initiativen vor Ort

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus bekommt eine neue Grundlage. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will im kommenden Jahr dafür 30,5 Millionen Euro bereitstellen. Das Projekt ‚Demokratie leben‘ soll den Kampf gegen rechts langfristig finanzieren und den Initiativen vor Ort direkt helfen.

„Bei der inhaltlichen Neukonzeption war mir die Stärkung des Engagements vor Ort am wichtigsten“, erklärte Manuela Schwesig. Der Kampf gegen rechts und für die Demokratie müsse überall geführt werden, doch dafür brauche es „den Rückhalt starker Strukturen“ mit Organisationen, die dauerhaft arbeiten. „Das will ich mit dem neuen Bundesprogramm ‚Demokratie leben‘ erreichen.“ Sie wolle die „Projekteritis“ beenden und mit den Programmpartnern eine „Partnerschaft des Vertrauens auf Augenhöhe“ aufbauen, so die Bundesministerin, die bereits vor einigen Wochen die von ihrer Vorgängerin eingeführte „Extremismusklausel“ abgeschafft hatte. „Die Organisationen, Vereine und Träger brauchen



Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig stärkt lokale Projekte gegen rechts. Foto: SPD

Vertrauen und Planungssicherheit.“ 22 Millionen Euro – rund zwei Drittel des Gesamtbudgets – sollen in die Förderung nachhaltiger Strukturen gehen. Dafür würden bundesweit 220 lokale ‚Partnerschaften für Demokratie‘ aufgebaut, die sich mit konkreten Maßnahmen vor Ort gegen rechts stark machen. Hinzu kämen spezielle Jugendfonds und eine Stärkung der mobilen Beratungseinrichtungen.

BS □

Auftakt zur Debatte

Im Oktober plant die Berliner SPD drei Mitgliederforen

Auftakt zur Wahlprogrammdebatte: Mit drei Mitgliederforen startet die Berliner SPD im Oktober in die inhaltliche Diskussion.

Den Auftakt macht am 8. Oktober (19 Uhr, IG Metall-Haus, Alte Jakob Straße 149) ein Forum zum Themenbereich „Bildung und Wissenschaft“. Neben dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß, der bei allen drei Foren anwesend sein wird, ist u.a. die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft Sandra Scheeres mit dabei.

Ein Mitgliederforum zum Thema „Arbeit und Wirtschaft“ findet am 14. Oktober statt (19 Uhr, Bayer HealthCare Pharmaceuticals, Auditorium, Müllerstr. 178). An der Diskussion zum Thema wird u.a. Dilek Kolat, Se-

natorin für Arbeit, Integration und Frauen, teilnehmen.

Den dritten Themenschwerpunkt be-

IN DIESER AUSGABE:

EVA HÖGL AUF SOMMERTOUR	S. 3
SENIORENWOCHEN STARTET	S. 5
„MENSCHEN GEGEN DEN KRIEG“	S. 12
AUSSTELLUNG WALKER EVANS	S. 16

handelt das Mitgliederforum „Wohnen und Stadtentwicklung“ am 16. Oktober (19.30 Uhr, JugendKulturZentrum PUMPE der AWO, Lützowstr. 42). Dabei steht u.a. der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt Michael Müller zur Diskussion zur Verfügung. **BS** □

Richtlinie vom Tisch?

Vorratsdatenspeicherung: Diskussion mit Heiko Maas

Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 die deutschen Vorschriften zur Vorratsdatenspeicherung als verfassungswidrig eingestuft. Der Europäische Gerichtshof entschied im April dieses Jahres ähnlich und erklärte die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung für unvereinbar mit der Grundrechtecharta der Europäischen Union. Eine neue EU-Richtlinie ist bislang nicht in Sicht.

Wie geht es weiter mit der Vorratsdatenspeicherung? Das ist daher die zentrale Frage, die sich aus den gerichtlichen Urteilen ergibt. Benötigen wir eine neue europäische oder deutsche Regelung, die die Speicherung von Verbindungsdaten erlaubt? Ist sie prinzipiell sinnvoll und angemessen zur Verhinderung und Aufklärung von Verbrechen? Und wäre es überhaupt noch möglich, eine solche Regelung so auszugestalten, dass sie verfassungs- und grundrechtskonform ist? Darüber diskutieren Dr. Eva Högl und Swen Schulz mit Bundesjustizminister Heiko Maas und Andre Meister, Redakteur bei netzpolitik.org.

Im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD noch vereinbart, einen neuen Gesetzentwurf zu erarbeiten. Die Voraussetzung dafür, so Heiko Maas nach dem Urteil des



Bundesjustizminister Heiko Maas. Foto: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Europäischen Gerichtshofs, sei jedoch entfallen. „Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs geht noch über die Entscheidung des Verfassungsgerichts hinaus, so dass ich mir neue Pläne für eine völlig anlasslose Speicherung von Daten nur schwer vorstellen kann“, sagte Maas. Einen nationalen Alleingang schloss er aus.

➔ Fraktion vor Ort, 17. September 2014, 19 Uhr. Einlass ab 18.00 Uhr, BASE_camp, Mittelstraße 51-53, 10117 Berlin. Um Anmeldungen wird gebeten: Dr. Eva Högl, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefax: (030) 227-76035

Literatur und Politik

Frank-Walter Steinmeier beim Literaturfestival in Potsdam

In seinen politischen Ämtern hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier immer wieder kulturpolitische Initiativen angestoßen. Als Fraktionsvorsitzender war er Impulsgeber für den „Kreativpakt“ von Künstlern, Kreativwirtschaft und Politikern. Als Außenminister brachte und bringt er neuen Schwung in die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik.

Im Rahmen des Literaturfestivals lit.Potsdam vom 22. bis 24. August findet am Sonntag, d. 24. August eine Lesung und ein Gespräch mit Janne Teller und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier statt. Die in Berlin und New York lebende Schriftstellerin war als Konfliktberaterin der EU und der UNO tätig. Eines ihrer Kernthemen ist die Auseinandersetzung mit der europäischen Identität.

Das 2013 initiierte Festival soll die traditionsreiche Kulturlandschaft Potsdams und Brandenburgs alljährlich literarisch neu beleben und zu einem Zentrum des kulturellen Austauschs machen, zum Ort der Begegnung mit Künstlern, Schriftstellern und Persönlichkeiten von internationalem

Rang. Auch dieses Jahr wartet das Festival mit herausragenden Gästen auf, darunter Hans Magnus Enzensberger, die Bestsellerautoren Sebastian Fitzek und Sascha Arango, Marion Brasch, John von Düffel, Jens Sparschuh, Janne Teller und Juli Zeh. Markenzeichen der lit.potsdam ist es, neben traditionellen auch ungewöhnliche Veranstaltungsorte auszuwählen, Natur und Kunst in Beziehung zu setzen. Dieses Jahr öffnet der Park der Villa Jacobs seine Pforten, den der preußische Gartenkünstler Peter Joseph Lenné entworfen hat und der zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört. Der Abschlussabend der lit.potsdam am 24. August im Brandenburgischen Literaturbüro steht mit „August 14“ ganz im Zeichen des 100. Jahrestages des ersten Weltkriegs. Der preisgekrönte Zeithistoriker Jörn Leonhard liest aus „Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs“. **PM** □

➔ Sonntag, 24.08.2014, 11.00 Uhr, Matinee in der Schinkelhalle, Lesung und Gespräch mit Janne Teller und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Moderation: Astrid Frohloff (rbb). Karten gibt es zu Preisen von 10,00 bis 14,95 Euro.

POLITIK PERSÖNLICH

Wolfgang Jähnichen ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Der Fachausschuss Mobilität der Berliner SPD gratulierte seinem Mitglied dazu. „Dies ist eine angemessene Anerkennung seiner herausragenden Verdienste um das Deutsche Technikmuseum Berlin und seines großartigen ehrenamtlichen Engagements“, so die Fachausschuss-Vorsitzende Sybille Uken. „Für den Förderverein des Deutschen Technikmuseums ist Wolfgang Jähnichen unermüdlich tätig. Sein Engagement auch als Vorstandsvorsitzender des Vereins kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Seit vielen Jahren ist Wolfgang Jähnichen auch für die Themen Mobilität und Verkehr weit über unsere Region hinaus aktiv und hat fachkundig zahlreiche Themen angestoßen und zielorientiert auf den Weg gebracht. Wir freuen uns, dass Wolfgang Jähnichen als langjähriges Mitglied unseres Fachausschusses mit dieser besonderen Anerkennung seiner Arbeit öffentlich gewürdigt wird. Und wir hoffen, dass er uns mit seiner Sachkunde und seiner Erfahrung auch künftig so tatkräftig wie bisher im Fachausschuss unterstützen wird.“

Björn Eggert hat am 15. August eine neue Aufgabe im Kurt-Schumacher-Haus übernommen. Der Abgeordnete aus Friedrichshain-Kreuzberg und bisherige Politische Referent der Naturfreundejugend Deutschlands wird sich jetzt mit der Kampagnenplanung des SPD-Landesverbandes befassen.

Ulrich Nußbaum, Senator für Finanzen, ist vom Senat erneut zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Berliner Wasserbetriebe vorgeschlagen worden. Dem Gremium gehört u.a. auch die Staatssekretäre Christian Gaebler (Stadtentwicklung) und Henner Bunde (Wirtschaft und Technologie) an.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Mitte:

Ahorn, Flussbad und ein neuer Markt

Eva Högl berichtet von ihrer Sommertour rund um den Gendarmenmarkt

Seit vielen Jahren nutze ich die parlamentarische Sommerpause und besuche Verbände, Vereine, Gewerbetreibende und spannende Projekte in meinem Wahlkreis Berlin-Mitte.

Bei meiner diesjährigen Sommertour habe ich unter anderem die Bundespolizei am Hauptbahnhof, die Gewaltschutzambulanz der Charité und das KREATIVHAUS auf der Fischerinsel besucht. Am 16. Juli habe ich an einem Kiezspaziergang mit der SPD-Abteilung Friedrichstadt über den Gendarmenmarkt teilgenommen. Bei sommerlichen Temperaturen und blauem Himmel haben wir an verschiedenen Punkten Station gemacht, um über die aktuellen Entwicklungen rund um den Gendarmenmarkt zu sprechen. An dem Spaziergang nahmen neben vielen Anwohnerinnen und Anwohnern auch Akteure teil, die rund um den Gendarmenmarkt aktiv sind.

Die „Freunde und Förderer Gendarmenmarkt Berlin e.V.“, der Verein „Flussbad e.V.“ und „Die Mitte e.V.“ (IG Friedrichstraße) präsentierten ihre Ideen für die Weiterentwicklung des Kiezes. Der ehemalige Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe, stellte die Pläne zur Umgestaltung des Gendarmen-



Gespräche auf dem Gendarmenmarkt: die Bundestagsabgeordnete Eva Högl (l.).

Foto: Julie Rothe

marktes vor, die in mehreren Bürgerforen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern abgestimmt wurden. Die teilnehmenden Anwohnerinnen und Anwohner interessierten sich vor allem für den Umgang mit den klassischen Korbahornbäumen an der Charlottenstraße. Nach einer Entscheidung des vierten Bürgerforums zum Gendarmenmarkt, müssen diese erhalten werden und dürfen ausschließlich durch neue Bäu-

me der gleichen Gattung ersetzt werden. Über die Auswirkungen des neuen Einkaufszentrums auf dem Leipziger Platz für die Region um den Gendarmenmarkt berichtete der Geschäftsführer des Vereins „Die Mitte e.V.“ (ehemals Interessengemeinschaft Friedrichstraße) Dr. Mateusz J. Hartwich. Der Verein erwartet durch das neue Center positive Impulse für die Friedrichstraße.

Bei dem Spaziergang waren auch Mitglieder der Initiative „Flussbad e.V.“ vor Ort, die ihr Konzept für einen offenen Schwimmbereich am Lustgarten und ein natürliches Wasserreinigungssystem zwischen Gertraudenbrücke und Schleusenbrücken vorstellten. Eine super Idee, die ich gerne unterstütze und auf deren Umsetzung ich mich schon sehr freue.

Zum Abschluss des Rundgangs machten wir noch einen Abstecher auf den Hausvogteiplatz, der nach seiner Umgestaltung und dank des neuen Marktes ein beliebter Mittagspausentreffpunkt für die angrenzenden Büros geworden ist. Die Anwohnerinnen und Anwohner wünschen sich allerdings ein größeres Angebot auf dem Markt als Alternative zu den wenigen Lebensmittelmärkten im Kiez. **Eva Högl** □

Sport:

„Nicht um jeden Preis“

Stöß: Olympische Spiele müssen bescheidener werden

In der kommenden Woche wird der Berliner Senat über die Beantwortung von Fragen des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) zu einer möglichen Olympiabewerbung der Stadt beraten.

Nachhaltigkeit und Bescheidenheit, aber auch Transparenz des Bewerbungsverfahrens und eine Reform der Vergabekriterien sind den Menschen wichtig. Das ergab eine erste Auswertung der Online-Umfrage des Senats auf berlin.de. Rund 8400 Bürgerinnen und Bürger haben sich bisher beteiligt. „Ertüchtigung von Vorhandenem statt Gigantomanie“ und „Olympische Spiele ganz im Zeichen ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Nachhaltigkeit“ sind zwei der Grundprinzipien, die der Berliner Senat bei einer möglichen Bewerbung Berlins beachten will. Bis zum 31. August will der Berliner Senat ebenso wie Hamburg die 13 Fragen des DOSB beantworten, darunter Fragen nach Akzeptanz und Unterstützung in der Stadt oder nach einer ersten Kostenschätzung.

Am 1. September sollen die Antworten

zeitgleich mit denen von Hamburg im Internet veröffentlicht werden, am 6. Dezember will der DOSB entscheiden, ob eine deutsche Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024 oder 2028 erfolgen soll. Für 2024 haben unter anderem Istanbul, Madrid, Paris und Washington schon ihr Interesse angekündigt. Die Vergabe durch das IOC soll im Jahr 2016 erfolgen.

Der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß lehnte ein Vorgehen nach dem Motto „reicher, teurer, größer“ ab. Die Spiele müssten sich der Stadt anpassen, nicht die Stadt den Spielen, erklärte er. „Noch gibt es keine Bewerbung Berlins. Der Senat beantwortet lediglich einen Fragenkatalog des Deutschen Olympischen Sportbundes. Ob Berlin sich bewirbt, wird am Ende gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern entschieden.“ Eine Bewerbung, so Stöß, werde es „nicht um jeden Preis“ geben: „Die Spiele müssen bescheidener werden. Sie müssen sich in die lebendige Großstadt einfügen, und die Kosten müssen gedeckelt sein.“ So sehen es laut Umfrage auch die Berlinerinnen und Berliner. **BS** □

Mobilität:

AG 60plus: Begleitservice beim VBB erhalten

Der Bus- und Bahn-Begleitservice des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) soll durch eine dauerhafte Finanzierung gesichert werden. Das hat die Berliner AG 60plus jetzt gefordert.

Der Begleitservice kann von allen Berlinerinnen und Berlinern kostenlos genutzt werden, etwa bei Arztterminen. Nun werden unter den 80 Begleiterinnen und Begleitern, deren Unterstützung seit 2008 bereits 70.000 Mal in Anspruch genommen wurde, Kündigungen ausgesprochen, da die Weiterfinanzierung derzeit unklar ist. Bislang wurde der Service zu rund 25 Prozent vom Land und zu etwa 75 Prozent vom Jobcenter getragen.

„Würde dieser Service wegbrechen, so wäre das für eine Vielzahl von Menschen, die auf Unterstützung in der Begleitung von Haustür zu Haustür angewiesen sind, ein wesentlicher Rückschlag“, erklärte die AG 60plus. Landesvorstand und Fraktion der SPD wurden aufgefordert, sich für einen Erhalt des Angebots einzusetzen. **BS** □

Treptow-Köpenick:

„Bezirk mit Zukunft“

Treptow-Köpenick ist einer der Berliner Bezirke, in denen klar wird, dass die Einwohnerzahl Berlins nach Jahren der Schrumpfung wieder deutlich ansteigt. In den zurückliegenden zehn Jahren ist die Bevölkerung hier bereits um rund 13.000 Einwohner gewachsen. Die SPD Johannisthal/Niederschöne-weide lädt am 1. September zur Diskussion über die weitere Entwicklung mit Rainer Hölmer, Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt.

„Es ist ein gutes Zeichen, wenn Menschen in unserem Bezirk ihre neue Heimat suchen, doch bringt die wachsende Stadt auch eine Vielzahl von politischen Herausforderungen mit sich“, so der Abteilungsvorsitzende Karlheinz Nolte. „Wir wollen diese neuen Aufgaben unter den Gesichtspunkten Bauen und Wohnen, Bildung und Betreuung, Verkehr und Gewerbe, Wohnumfeld und Erholungswert beleuchten.“

➔ „Treptow-Köpenick - ein Bezirk mit Zukunft“, Montag, 1. September 2014, 19:00 Uhr, großer Saal des Nachbarschaftshauses „Villa offensiv“ (Erdgeschoss), Hasselwerderstraße 38 in Niederschöne-weide.

Reinickendorf:

Die Anfänge des MV

Am Mittwoch, 27. August 2014 wird die SPD-Abgeordnete Brigitte Lange den ganzen Tag in Lübars und dem Märkischen Viertel unterwegs sein.

Am Abend lädt sie aus Anlass des 50-jährigen Jubiläums des Märkischen Viertels zu einem Erzählcafé: Bewohner der ersten Stunde erzählen unter dem Motto „Oral history“. Karin Richter, Mitglied der BVV Reinickendorf für das Märkische Viertel und Detlef Dzembitzki, Bürgermeister und Bundestagsabgeordneter a.D., werden mit dabei sein. Beginn: 19 Uhr in der Jugendkunstschule Atrium, Senftenberger Ring 97, 13435 Berlin.

Zwischen Freibank und Mundraub

Ein Stadtrundgang: Auf den Spuren von Hunger und Mangelernährung im 1. Weltkrieg

Um Ernährung und Hunger im Ersten Weltkrieg geht es bei einem Stadtrundgang durch Friedrichshain und Prenzlauer Berg, zu dem die Landeszentrale für Politische Bildung am Freitag, 29. August, einlädt.

Als im Sommer 1914 ein Millionenheer junger Männer in den Krieg zieht, und viele an den Frontschauplätzen Europas den Tod finden, bleiben die Frauen zurück. Sie sind unter anderem für die Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sowie die Versorgung ihrer oftmals zahlreichen Kinder ver-

Öffentlicher Dienst

Mehr Aufgaben, mehr Jobs
SPD-Arbeitsgemeinschaften für Stellenanpassung

Eine wachsende Stadt braucht auch mehr Personal im öffentlichen Dienst, so die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften in der Berliner SPD. Unzumutbare Wartezeiten für Bürgerinnen und Bürger in den Bezirken, etwa bei der Beantragung von Elterngeld, sollen verhindert werden.

Die im Koalitionsvertrag festgelegte Zielzahl von 100.000 Stellen in der Verwaltung (80.000 Land/20.000 Bezirke) müsse angepasst werden, fordern die Arbeitsgemeinschaften in einem Beschluss. Am Ziel der strukturellen Haushaltskonsolidierung solle festgehalten werden, Einsparungen dürften jedoch nicht Wachstum und Attraktivität Berlins gefährden. „Eine erfreulich deutliche steigende Einwohnerzahl und eine positive wirtschaftliche Entwicklung“ verbessern die Einnahmen im Lan-



Mehr Personal für die Rathäuser.

Foto: Horb

deshaushalt, erfordern aber auch „zwingend eine Verbesserung des personellen Bestandes besonders in den Bezirken“. Angesichts der hohen Zahl von altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden mehr Ausbildungsplätze, eine bedarfsgerechte Ausbildung und die Öffnung der Verwaltung für Quereinsteiger gefordert. **BS** □

Tempelhof-Schöneberg:

Nicht nur zum Spaß

SPD setzt sich für den Erhalt der bestehenden Bäder im Bezirk ein

Für den Erhalt der bestehenden Bäderstandorte in der Götzstraße (Tempelhof), im Ankogelweg und in der Rixdorfer Straße (beide Mariendorf) hat sich die SPD Tempelhof-Schöneberg ausgesprochen.

Die Berliner Bäderbetriebe legen dem Abgeordnetenhaus nach der Sommerpause ihr „Berliner Bäderkonzept 2025“ zur Reform der Bäderlandschaft in Berlin vor. Als Pilotprojekt soll das Sommerbad Mariendorf in der Rixdorfer Straße zu einem 365-Tage-Multifunktionsbad ausgebaut werden. Im Gegenzug sollen aber offenbar das sanierungsbedürftige Kombi-Bad im Ankogelweg in Mariendorf und das ebenfalls sanierungsbedürftige Stadtbad Tempelhof in

der Götzstraße geschlossen werden. Die SPD-Vorsitzende von Tempelhof-Schöneberg Dilek Kolat nannte es „gerade in einer wachsenden Stadt“ ein falsches Signal, die Standorte in der Götzstraße und im Ankogelweg zugunsten eines neuen 365-Tage-Multifunktionsbades in der Rixdorfer Straße in Mariendorf aufzugeben“. Die Erhaltung der bestehenden Standorte müsse im Vordergrund stehen und die wohnortnahe Versorgung durch dezentrale Strukturen erhalten bleiben, so die Abgeordneten Michael Müller und Frank Zimmermann. Die Bäder in der Götzstraße und im Ankogelweg seien gerade auch für Schulen, Vereine sowie Seniorinnen und Senioren von großer Bedeutung. **BS** □

den Knochen geschnitten wird. Durch das nördliche Friedrichshain führt der Weg zum Gelände des ehemaligen Schlachthofs an der Storkower Straße im Süden des Prenzlauer Bergs. Die riesige Anlage wurde 1881 eröffnet, ab 1914 stagnierte dort kriegsbedingt die Fleischproduktion.

➔ Rundgang mit Ralf Oberndorfer, Freitag 29.08.2014, 16.00 bis ca. 18.30 Uhr. Treffpunkt: westlicher Ausgang am U-Bahnhof Samariterstraße (U5), verbindliche Anmeldung bis zum 25.08.2014 unter 9016 2510, E-Mail: jutta.klein@senbjw.berlin.de

antwortlich. Spätestens 1916 kommt es zu ernsthaften Versorgungsengpässen, Hunger wird zur prägenden Erfahrung bis November 1918. Wie versuchten Frauen, im wenig begüterten Osten Berlins mit der Lage fertig zu werden? Wie sah der Alltag der Essensbeschaffung aus - zwischen Steckrüben und Suppenküchen, zwischen Mundraub und Freibank?

Der zweieinhalbstündige Rundgang beginnt an der Frankfurter Allee, dort wo in Brechts Gedicht aus dem Jahr 1932 einem Pferd das Fleisch bei lebendigem Leib von

Seniorenwoche:

„Mehr Mitbestimmung“

Senioren fordern bessere Beteiligungsmöglichkeiten

Gestartet ist die Seniorenwoche bereits. Aber bis zum 16. September gibt es noch genügend Gelegenheiten, eine der rund 500 Veranstaltungen zu besuchen. Und auch der große Infomarkt auf dem Breitscheidplatz steht noch bevor.

Am 30. August präsentieren sich dort auf der Bühne und an 162 Ständen zahlreiche Organisationen, Vereine und Beratungseinrichtungen für Seniorinnen und Senioren, darunter der Landesseniorenbeirat Berlin LSBB, die Landesseniorenvertretung Berlin LSVB, zahlreiche Freiwilligenorganisationen und Selbsthilfegruppen, die Seniorenvertretungen und Sozialämter der Berliner Bezirke, sowie Seniorenvereine und Seniorenverbände. Auch die AG 6oplus nimmt teil. Es gibt Informationen, Vorfürungen, Spiel, Tanz, Unterhaltung und ein buntes Bühnenprogramm. Das Motto der Seniorenwoche lautet diesmal: „Mehr Mitbestimmung für Seniorinnen und Senioren!“ Das Thema steht auch im Mittelpunkt einer fraktionsübergreifenden Podiumsdiskussion am 11. September 2014 (14 bis 17 Uhr) im Käte-Tresenreuter-Haus in der Humboldtstr. 12, 14193 Berlin. Auf Einladung des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland debattieren SeniorInnen am Mittwoch, 8. Oktober 2014 (13.00 - 16.30 Uhr) im Parlament. Dort können auch Fragen an den Senat gerichtet



Stand der AG 6oplus mit Werner Kleist und Edith Töpfer bei der Seniorenwoche im vergangenen Jahr. Foto: Horb

werden. Kostenlose Eintrittskarten können bei der Landesseniorenvertretung Berlin bestellt werden (Telefon 030/3266 4126, E-Mail: direkt@landesseniorenvertretung-berlin.de).

Der Arbeitskreis Berliner Senioren (ABS) organisiert im Auftrag der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales die Berliner Seniorenwoche. Seitdem die Hauptstadt 2006 das bundesweit erste Seniorenmitwirkungsgesetz verabschiedet hat, sind in Berlin zahlreiche Vertretungen der älteren Generation entstanden, die für die Interessen der Älteren in Politik und Gesellschaft eintreten. Das Programmheft gibt es kostenlos in allen Bürgerämtern der Bezirke und an vielen Stellen des öffentlichen Lebens und in den Stadtteilzentren. **BS** □

AWO-Sommerfest:

AWO feiert im Museumsdorf Düppel

Die Arbeiterwohlfahrt Berlin-Südwest lädt am morgigen Sonntag zu ihrem Sommerfest in das Museumsdorf Düppel.

Wie im vergangenen Jahr wird zwischen 11 und 17 Uhr ein buntes und unterhaltsames Programm für die ganze Familie geboten. Dazu gehören ein Bücher- und Bastelstand, Ponyreiten, Kinderschminken, mittelalterliche Musik, Vorfürung von Handwerkstechniken sowie Führungen durch das Museumsdorf. Aus den Einnahmen konnten im vergangenen Jahr vermehrt soziale Projekte unterstützt werden. **BS** □

➡ 24. August, 11 bis 17 Uhr, im Museumsdorf Düppel, Clauertstr. südl. des Königswegs. Eintritt: 3 Euro

Wedding:

Walter Momper im Erzählcafé

Jeden Monat hat das Erzählcafé Wedding einen neuen Gast. Am 30. August stellt der ehemalige Regierende Bürgermeister sein Buch „Berlin, nun freue Dich“ über die Wendezeit 1989/1990 vor, er erzählt über sein politisches Leben und von seinem Engagement in der SPD. **BS** □

➡ Erzählcafé Wedding mit Walter Momper, Sonnabend, 30. August 2014, 15 Uhr, Bürgersaal Malplaquetstr. 15a, 13347 Berlin.

Individuelle Hilfen für frühere Heimkinder

Stichtagsregelung: Anmeldung muss bis zum 30. September erfolgt sein

Für ehemalige Heimkinder, die heute noch unter den Spätfolgen der Heimerziehung leiden, gibt es Hilfsangebote. Allerdings müssen sie sich dazu bis zu den Stichtagen 30.9.2014 (Ost) und 31.12.2014 (West) gemeldet haben.

„Durch eine breit angelegte Informationskampagne versuchen wir zurzeit, auch alle die zu erreichen, die bisher von dem Fonds noch nichts gehört haben“, sagt Petra Schwarzer, Leiterin der Berliner Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder. Mancheiner entscheide sich zwar bewusst gegen eine Kontaktaufnahme, um gar keine Erinnerung an die Zeit im Heim aufkommen zu lassen. Wichtig ist ihr aber, dass niemand aus Unkenntnis die Frist zur Anmeldung versäumt.

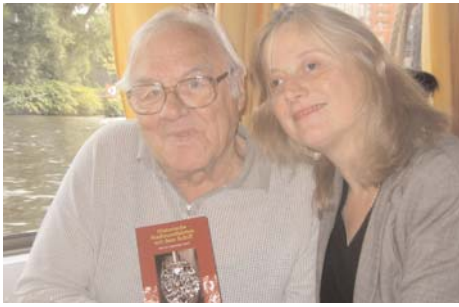
Wer sich bis zum Stichtag anmeldet, bekommt keine festgesetzten finanziellen Entschädigungen, sondern individuelle Hilfen. „Bei Menschen, deren Kindheit und Jugend dadurch geprägt war, dass es auf

ihren eigenen Willen nicht ankam, ist es besonders wichtig, dass ihre Wünsche ernst genommen werden. Sie wissen selbst am besten, was ihnen gut tut und ihnen in ihrer gegenwärtigen Lage helfen kann“, weiß Petra Schwarzer. „Deswegen gibt es bei uns keinen vorbestimmten Leistungskatalog. Und so gibt es im Ergebnis eine große Bandbreite von sehr individuell abgestimmten Sachleistungsvereinbarungen. Gerade bei seelischen Verletzungen geht es manchmal mindestens ebenso sehr um die psychologische Wirkung einer Hilfe wie um deren unmittelbar materiellen Nutzen im Sinne einer klassischen Hilfeleistung.“

In Berlin haben sich bislang rund 4000 ehemalige Heimkinder gemeldet. Um ihnen wirksam helfen zu können, müssen die Mittel aufgestockt werden. Die ursprünglich von Bund und Ländern je zur Hälfte für den Fonds zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 40 Mio. Euro hatten

nicht ausgereicht, um alle berechtigten Ansprüche ehemaliger Heimkinder zu erfüllen. Ab September dieses Jahres werden Mittel bereitgestellt, die eine Leistungsfähigkeit des Fonds für 2014 sicherstellen, bis dann Ende des Jahres der genaue Bedarf feststeht. Das Land Berlin hat seinen entsprechenden Anteil bereits eingezahlt. Ab September können die Anlauf- und Beratungsstellen wieder neue Vereinbarungen über Fondsleistungen abschließen. „Wer sich heute neu anmeldet, muss mit Wartezeiten von anderthalb Jahren bis zum zwingend erforderlichen persönlichen Beratungsgespräch rechnen“, sagt Petra Schwarzer. An diese Gespräche werde mit hoher Sensibilität herangegangen, es gehe darum, „die Menschen in ihrer ganz individuellen Situation ernst zu nehmen“.

➡ Sondertelefonnummer für Anmeldungen (030) 557 0049 76, Website: www.abeh-berlin.de, E-Mail: info-heimerziehung@sozkult.de



Heinz Selke mit der Abteilungsvorsitzenden Gerlinde Schermer.

Heinz Selke: Glückwünsche zum 90. Geburtstag

Am 26.8.2014 wird der Friedrichshainer Sozialdemokrat Heinz Selke seinen 90. Geburtstag feiern. Er gehört einer Generation an, deren Mitgliedschaft in der SPD aufgrund von Mauerbau und SPD-Verbot bald 30 Jahre ruhen musste.

Am 19. September 2010 feierte die Abteilung 12 der SPD Friedrichshain-Kreuzberg („Petersburger Kiez“) die 60 jährige SPD-Mitgliedschaft ihres Genossen mit einer Dampferfahrt. Heinz trat 1950 der SPD Friedrichshain bei, einem Jahr, in dem sie im Ostteil der Stadt infolge der Zwangsvereinigung mit der KPD bereits offiziell nicht mehr existierte. Zwar gab es noch mehrere Jahre ein Büro der SPD am Boxhagener Platz und 1952 zog mit dem damaligen Friedrichshainer Kreisvorsitzenden Kurt Neubauer sogar ein SPD-Abgeordneter aus Ost-Berlin in den Bundestag ein, aber das bedeutete keineswegs, dass man als Sozialdemokrat unbehelligt von der SED-Bürokratie für seine politischen Interessen eintreten konnte. Tausende Schicksale verfolgter, schikasierter, bis in die Kinder- und Enkelgeneration benachteiligter Familien von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten legen davon Zeugnis ab. Mit dem Bau der Mauer wurden alle Kreisbüros aufgelöst, wer sich heimlich traf, riskierte die Bearbeitung durch die Stasi. Auf Initiative des Friedrichshainer Abgeordneten Sven Heinemann wird diese Geschichte von Widerstand und Unterdrückung nun historisch aufgearbeitet. So wird auch dokumentiert, dass es noch bis zum Mauerbau sozialdemokratische Betriebsgruppen in großen Ost-Berliner Betrieben gab. Wir können stolz sein, mit Heinz einen Genossen unter uns zu wissen, der mit anderen Genossen seine SPD-Mitgliedschaft nach dem Sturz der Mauer im Herbst 1989 in der damaligen Abteilung 2 wieder aufleben ließ und uns bis heute ein liebenswerter treuer Weggefährte ist. Auch wenn Heinz schon seit einigen Jahren nicht mehr aktiv am Abteilungsleben teilhaben kann, verfolgt er aufmerksam die politische Entwicklung. Wir gratulieren Heinz aufs Herzlichste und wünschen ihm vor allem Gesundheit und Unverzagtheit!

Axel Zutz □

„Die Hilfen ausbauen“

Fachausschuss Internationales zum Neuanfang in Afghanistan

Als „historische Chance für einen Neuanfang nach über 30 Jahren Bürgerkrieg“ haben der Vorsitzende des Fachausschusses Internationale Politik, Frieden und Entwicklung Karl-Heinz Niedermeyer, Dr. Gul-Rahim Saffi, Vorsitzender des Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur e.V. und Dr. Joachim Sproß, Vorsitzender der Deutsch-Afghanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. den bisherigen Wahlprozess in Afghanistan zur Neubestimmung des Staatsoberhauptes als Grundlage legitimer staatlicher Institutionen begrüßt.

„Die afghanische Bevölkerung hat mit einer hohen Wahlbeteiligung ihren Willen bekundet, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und auf dem Boden der Verfassung und in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft den Weg des friedlichen Wiederaufbaus, der inneren Aussöhnung und einer nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu beschreiten. Sie hat sich weder durch Drohungen noch Gewalt an der Wahrnehmung ihrer demokratischen Rechte abhalten lassen“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung. „Umso dringli-

cher ist es jetzt, dass alle politischen Verantwortlichen im Land und die Staaten sowie internationalen Organisationen, welche den Stabilisierungseinsatz in Afghanistan getragen haben, dafür sorgen, dass das afghanische Volk nicht um die Früchte seines Engagements für Demokratie und Selbstbestimmung gebracht wird.“

Nach der Neuauszählung sämtlicher Stimmen der Stichwahl zur Präsidentschaft, die dem Einsatz von US-Außenminister John Kerry zu verdanken sei, müsse sichergestellt werden, dass alle politischen Gruppierungen in Afghanistan das Ergebnis dieses jetzt auf einer neuen Grundlage erfolgenden Wahlprozesses akzeptieren und die Präsidentschaftswahl zu einer tatsächlichen Befriedung führt. „Die Welt und der Westen dürfen Afghanistan und seine Menschen nicht ein weiteres Mal im Stich lassen. Die Bundesrepublik als einer der großen Geber und langjähriger Unterstützer Afghanistans muss nach dem Rückzug deutscher Soldaten ihr Engagement im zivilen Bereich und im Sicherheitssektor, wie zum Beispiel der Polizeiausbildung und der Bildung sowie der Entwicklungszusammenarbeit ausbauen.“

BS □

Nachruf:

Kampf für die kleinen Läden

Der frühere AGS-Landesvorsitzende Hajo Rothe ist verstorben

Im Alter von 65 Jahren ist Mitte Juli der frühere Landesvorsitzende der Berliner Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS) Hans-Joachim Rothe verstorben.

Hajo Rothe, geboren am 26. Mai 1949, gehörte mehr als 25 Jahre der SPD an. Als Selbständiger betrieb er ein Sportartikelgeschäft, lange Jahre an der Kochstraße, später an der Friedenauer Rheinstraße. Persönlich und als zeitweiliger Landesvorsitzender des Verbands Deutscher Sportfachhandel hat er hautnah die Veränderungen des Berliner Einzelhandels erlebt und erlitten, die Verdrängung der Kleinst- und Mittelbetriebe durch immer neue Einkaufszentren. „Tante-Emma-Läden jetzt erst recht“ überschrieb er 1995 eine Kolumne im Mitteilungsblatt der AGS und zählte die Vorteile der kleinen Läden auf, „die Nahversorgung ohne lange Wege“ und damit auch ohne Auto oder die soziale Funktion im persönlichen Miteinander zwischen Kunden und Ladenpersonal. „Die Zukunft gehört den Kleinanbietern“, schrieb er damals - und vielleicht sind die inzwischen rund 1000

„Spätis“ in Berlin ein Ausdruck dessen. Für andere Einzelhandelssparten gilt das nicht, die Verödung von Einkaufsstraßen setzt sich fort. Mit einer Begrenzung der Gewerberaummieten wollte die Berliner AGS dem Mitte der neunziger Jahre vorbeugen, aber die Bundesratsinitiative, die die Berliner SPD damals durchsetzte, scheiterte an der Mehrheit im Bund.

Gut ein Jahrzehnt gehörte Hajo Rothe als Stellvertreter von Jürgen Müller dem Landesvorstand der Berliner AGS an, danach leitete er die Berliner AGS mehrere Jahre selbst, um dem Mittelstand eine politische Lobby zu verschaffen. Längst gab es in Berlin „mehr kleine Selbständige als etwa Industriearbeiter“, betonte der AGS-Landesvorstand mit seinem Vorsitzenden Hajo Rothe 2002. Steuergerechtigkeit, die Stadtentwicklung, die soziale und ökologische Verantwortung des Mittelstands waren wichtige Themen.

Die AGS trauert um einen engagierten Mitstreiter, der viel Kraft für die Belange der Selbstständigen und eine lebenswerte Stadt einsetzte.

uh □

Arbeitsgemeinschaften:

ASG gegen Pflegefonds

Lob für Leistungsverbesserung, Kritik an CDU-Idee

Eine Verwendung von Beitragsgeldern für den kapitalgedeckten Aufbau eines sogenannten Pflegevorsorgefonds ist für die Arbeitsgemeinschaft der SozialdemokratInnen im Gesundheitswesen (ASG) nicht akzeptabel. „Dies wäre nach dem sogenannten Pflege-Bahr ein weiterer Umbau des Umlagesystems in der sozialen Pflegeversicherung“, so der geschäftsführende ASG-Vorstand in einer Erklärung.

Der Pflegevorsorgefonds - ein Projekt der CDU - müsse aus dem Gesetzentwurf gestrichen werden, so die ASG. „Das Geld das dafür vorgesehen ist, immerhin 1,2 Mrd. Euro jährlich, muss direkt in die Pflege investiert werden“, fordert Boris Velter, Vorsitzender der ASG Berlin. „Vorsorgen bedeutet für uns die Investition in Pflegeinfrastruktur, in die Gehälter der Pflegenden und in die Ausbildung von Pflegepersonal.“ Das Geld in einen Fonds einzuspeisen, sei mit hohen Realwertverlusten verbunden, so Boris Velter.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf wird es möglich sein, bis zum Jahr 2045 mit den Beitragsgeldern der Versicherten an den Aktienmärkten zu spekulieren. Velter: „Das Geld wird aber jetzt und nicht erst in 30 Jahren gebraucht.“ Es müsse jetzt eine kommunale Pflegeinfrastruktur angelegt werden, damit in Zukunft eine menschenwürdige Pflege in den Kiezen gesichert sei.



ASG-Vorstand mit Boris Velter (m.). Foto: ASG

Es werde gebraucht, um jetzt regelmäßige Leistungsverbesserungen finanzieren zu können, mehr Ausbildungs- und Studienplätze für Pflegefachkräfte bezahlen zu können und das Schulgeld in der Pflegeausbildung endlich bundesweit abzuschaffen.

Daneben enthalte der Gesetzentwurf jedoch „auch wichtige Leistungsverbesserungen der Lebenssituation von Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen“, so die ASG. „Diese von der SPD durchgesetzten Verbesserungen begrüßen wir ausdrücklich“, so Boris Velter. „Wir erwarten auch, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff spätestens durch das nächste Pflegestärkungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt und nicht weiter von der CDU verzögert wird.“

BS □

Fachausschüsse:

Wie leben Roma in Berlin?

Integrationsarbeit zwischen Selbstbestimmung und Fürsorge

„Roma in Berlin – Integrationsarbeit zwischen Selbstbestimmung und Fürsorge“ lautet das Thema einer Veranstaltung, zu der der SPD-Abgeordnete Torsten Schneider und der Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung am 27. August einladen.

Der Fachausschuss will ein Forum bereitstellen, in dem die mit dem Stichwort „Roma in Berlin“ verknüpften Erfahrungen und Problemstellungen in einer Form und in einem Rahmen ausgetauscht werden können, dass eine Weiterarbeit in einem konstruktiven Nachfolgeprozess möglich wird.

Soweit wie möglich sollen die Ergebnisse der Veranstaltung in Form von Forderungen oder Empfehlungen festgehalten werden. Das würde auch dazu beitragen, dass die Roma in Berlin ihr Potential sowohl im Hinblick auf die Lösung ihrer eigenen exi-

stenziellen Probleme als auch in der Mitgestaltung der multikulturellen Stadtgesellschaft noch stärker als bisher aktivieren können.

Zugleich ist es ein wesentliches Ziel der Veranstaltung, den Antiziganismus zu bekämpfen, also Einstellungen und Vorurteile, welche die Entfaltung dieses Potentials ebenso behindern wie die objektiven Schwierigkeiten, mit denen Roma vor allem als Arme und sozial Benachteiligte mit vielfältigen Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. In die Thematik führen Expertinnen und Experten aus der Verwaltung, aus Roma-Unterstützungs- und Selbsthilfeorganisation sowie verschiedenen Beratungseinrichtungen ein.

BS □

➔ Roma in Berlin – Integrationsarbeit zwischen Selbstbestimmung und Fürsorge, 27.08.2014, 19:00, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

FRAKTION INTERN

Viele bunte Stadtteiltage und neue Bürgerbüros. Die Mitglieder der SPD-Fraktion sind derzeit mit vielfältigen Aktivitäten in ihren Wahlkreisen unterwegs. Gleich mehrere Stadtteiltage finden am 27. August statt: Die Abgeordnete Brigitte Lange lädt zum Stadtteiltag Lübars und Märkisches Viertel ein. Auf dem Programm steht unter anderem ein Besuch mit SPD-Fraktionschef Raed Saleh bei der Familienfarm Lübars. Nach Marzahn-Süd/Biesdorf geht es mit der Abgeordneten Liane Ollech. Teil der Tour ist ein gemeinsamer Besuch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit und mit Raed Saleh im Unfallkrankenhaus Marzahn. Dort wurde gerade ein neues Ärztehaus eröffnet. Zum Charlottenburger Stadtteiltag lädt der Abgeordnete Frank Jahnke ein. Ein Höhepunkt: Die Führung durch das neue „Bikini Berlin“-Haus. Am 28. August findet die Einweihungsfeier des Abgeordneten Sven Kohlmeier für sein Bürgerbüro für Kaulsdorf und Kaulsdorf-Nord statt. Der Abgeordnete Andreas Kugler eröffnet am 8. September sein neues Bürgerbüro während seines Steglitzer Stadtteiltages. Von 8. bis 14. September bietet der Abgeordnete Sven Heinemann gleich mehrere Friedrichshainer Stadtteiltage an. Alle Termine mit Orten und Zeiten unter: www.spdfraktion-berlin.de. Die Plenarzeit des Berliner Abgeordnetenhauses beginnt offiziell wieder am 8. September.

Verbraucherschutzunterricht in den Schulen. An den Berliner Schulen wird es ab Beginn des Schuljahres 2015/2016 speziellen Unterricht im Bereich Verbraucherschutz geben. Der Unterricht findet ab Klasse 7 in verschiedenen Fächern statt - sei es in Wirtschaft-Arbeit-Technik, in Biologie, Chemie oder auch INT (Information/Naturwissenschaft/Technik). Die Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, Irene Köhne, sagt: „Diese fächerübergreifende Lösung wird dem Aufgabenbereich Verbraucherschutz besonders gerecht. Man muss immer ganz verschiedene Aspekte und Perspektiven betrachten.“

Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, momentan plant eine Arbeitsgruppe an der Technischen Universität Berlin zusammen mit weiteren Beteiligten den Verbraucherschutz-Unterricht. Vorausgegangen waren politische Rahmensetzungen der Kultusministerkonferenz aller Bundesländer und des Berliner Abgeordnetenhauses. Wichtige Unterrichtsbestandteile sind zum Beispiel ein kritischer Umgang mit Werbung und mit Angaben auf Lebensmittelverpackungen, ebenso eine gesunde und ausgewogene Ernährung.

CS □

Stadtentwicklung:

Berlin, die wachsende Stadt

Ephraim Gothe über Herausforderungen und Chancen für die Metropole - und die SPD

Die Stadt Berlin wächst. Mit den sich daraus ergebenden Herausforderungen und Chancen für die Spreemetropole und für die Berliner SPD befasst sich der Stadtplaner Ephraim Gothe, früherer Baustadtrat in Mitte und Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, in seinem Debattenbeitrag für die BERLINER STIMME.

Berlin, offene Stadt. Nach zwei Jahrzehnten einer stagnierenden Einwohnerentwicklung erlebt die Spreemetropole derzeit einen Wachstumsschub wie zuletzt nur in der Gründerzeit um 1900. In den letzten 3 Jahren ist Berlin um 130.000 BewohnerInnen angewachsen. Besonders stark ist der Zuzug aus Süd- und Südosteuropa, aber auch der Zuzug vor allem jüngerer Menschen aus allen Teilen der Bundesrepublik hält unvermindert an.

Die wichtigste Ressource der Stadt, unsere solidarische Stadtgesellschaft. Wie kaum eine andere europäische Großstadt verfügt Berlin über einen gesellschaftlichen Konsens zur sozial gemischten Stadt. Die berühmte Berliner Mischung wird überall in Berlin als besonders positive Eigenschaft hervorgehoben. Nicht nur die Bereitschaft, diese soziale Mischung zu erhalten, ist groß, Berlin verfügt über eine tolerante Zivilgesellschaft, die in vielfältigster Weise soziales Miteinander lebt. Diese Eigenschaft ist eine wichtige Ursache für den Zuzug und zugleich die Chance, diesen Zuzug auch ohne soziale Konflikte zu bewältigen.

Die soziale Dimension des Wachstums und die Wucht der Wohnungsfrage. Der Zuzug verstärkt stadträumliche Entmischungstendenzen; in angesagten Quartieren gehen die Angebotsmieten hoch, in preiswerten Vierteln suchen die mittellosen Zuwanderer nach Wohnraum. Gentrifizierung ist innerhalb des S-Bahn-Rings Alltagsrealität. Ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner lebt in Haushalten ohne Erwerbstätigen, viele Haushalte werden im Alter über noch weniger Einkommen verfügen, um beispielsweise die Miete zu bezahlen. Das birgt sozialen Sprengstoff.

Neben dem Zuzug steigt auch die Lebenserwartung der Berlinerinnen und Berliner, die Zahl der Kinder nimmt zu und der Trend zu Singlehaushalten hält an. Der Wohnungsleerstand von über 100.000 Wohnungen hat sich in den letzten 6 Jahren vollständig abgebaut, der Wohnungsmarkt spannt sich weiter an. Wohnungsneubau ist das Gebot der Stunde, ebenso



Der Stadtplaner Ephraim Gothe war Baustadtrat in Mitte und Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Foto: privat

wie die Aktivierung aller Schutzmechanismen gegen soziale Verdrängung im Wohnungsbestand.

Dies zusammen stellt die Stadt in den kommenden 10 Jahren vor große Aufgaben, die politischen Parteien sind allesamt gefordert, sich der Herausforderungen bewusst zu werden und die Chancen für die Stadt herauszuarbeiten. Erweist sich die Berliner SPD als die kompetente Großstadtpartei, die das Wachstum der Stadt gestaltet und sozial bewältigt, kann sie die Berlin-Partei werden, die wir selber so gerne beschwören.

Wo steht die Berliner SPD gerade und was ist zu tun? Der erfolgreiche Start der Koalition im Bund und die gute Arbeit im Senat spiegeln sich nicht in der Wählergunst! Im Bund leistet die SPD mit Gabriel, Schwesig, Nahles, Steinmeier, Maas und Hendriks beeindruckende Arbeit und auch im Senat stellen wir trotz BER-Krise die Aktivposten. Wir sind die Partei, die für Bildungschancen steht, für erstklassige Einrichtungen von der Kita bis zur Hochschule. Wir zeigen, dass Beruf und Familie auch in der Großstadt nicht nur vereinbar sind, sondern mit hoher Lebensqualität einhergehen. Wir nutzen vorbildlich die Städtebauförderung des Bundes, um beispiels-

weise mit dem Quartiersmanagement benachteiligte Quartiere zu stärken und wir sind die Partei, die für Rekommunalisierung, für aktive Daseinsvorsorge und solide Stadtfinanzen steht.

Trotzdem kommen wir in der Sonntagsfrage derzeit über 25 % nicht hinaus, schlimmer noch, die durch Tatenlosigkeit gezeichnete CDU führt stets munter in den Umfragen. Was müssen wir tun, um als kompetente Großstadtpartei wieder stärkste Partei in Berlin zu werden? Welche Wählermilieus können und müssen wir gewinnen, wenn wir wieder über die 30 % Marke kommen wollen?

Dialog mit der Stadtgesellschaft. Die größte Herausforderung für die SPD ist es, als Diskussionspartner der Zivilgesellschaft wieder akzeptiert zu werden. Der Volksentscheid zu Tempelhof zeigt, dass auch die Berliner SPD eine Vertrauenskrise durchlebt. Es erfordert Mut, nach draußen zu gehen, echte Beteiligungsprozesse anzubieten, offen und ehrlich Themen und Projekte zu besprechen und sich auch auf ungewohnte Lösungsvorschläge einzulassen. Internetbasierte Beteiligungsplattformen und ein Stadtforum, das auch von der Zivilgesellschaft mitbestimmt wird, können hierfür wichtige Bausteine darstellen.

Realistisches Wachstumsszenario erarbeiten. Die wachsende Stadt erfordert einen Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur. Dies geht nur mit aktuellen Wachstumsszenarien; die zusätzlichen 234.000 Menschen, die unsere amtliche Prognose für das Jahr 2030 errechnet, ist überholt, seit 2011 ist bereits heute ein Zuzug von 130.000 Menschen zu verzeichnen. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen. Die Stadt braucht nicht nur eine aktualisierte Bevölkerungsprognose, sondern eine stadtwirtschaftliche Studie, die die Herausforderungen für alle Ressorts, für die Bezirke und die landeseigenen Unternehmen der Daseinsvorsorge sowie das veränderte Steueraufkommen darstellt.

Wachstumsfonds abstecken. Dank unserer strengen Haushaltspolitik über viele Jahre und dank des Wachstums der Stadt konnte bereits 2012 und 2013 das Kriterium der Schuldenbremse übererfüllt und die Staatsverschuldung um 450 Millionen Euro abgebaut werden. Dank Gründerboom, steigender Einwohnerzahl, wachsendem Tourismus, moderat sinkender Arbeitslosigkeit und höherer Grunderwerbssteuer kann mit Mehreinnahmen von 250 Millionen Euro pro Jahr gerechnet werden. Es gilt, diese Spielräume für die Legislatur

Fortsetzung Seite 9

Fortsetzung von Seite 8

2016 bis 2021 seriös darzustellen und dieses Plus aktiv für die Bewältigung des Wachstums einzusetzen. Der griffige Titel eines Wachstumsfonds ist vom Landesvorstand bereits benannt.

Stärken stärken - und zwar mit Weitblick. Berlin hat Qualitäten, die die Stadt nicht nur im Vergleich mit anderen europäischen Metropolregionen unterscheidbar sondern auch konkurrenzfähig macht. Der Senat arbeitet derzeit sehr verantwortungsbewusst die Themen und Räume heraus, in die die knappen Ressourcen der Stadt - Baurecht, Flächen, Geld und nicht zuletzt das, was in der Stadt inhaltlich konsensfähig ist - langfristig investiert werden. Diese BerlinStrategie muss vom Regierenden Bürgermeister, vom Finanzsenator, von allen Ressorts und Bezirken getragen und mit der Zivilgesellschaft und den politischen Parteien stetig weiter verhandelt werden.

Die Lösung der Wohnungsfrage - Topthema mit sozialer Sprengkraft. Angesichts des anhaltend starken Zuzugs gehört die Wohnungs- und Mietenpolitik auf Platz eins der tagespolitischen Agenda. Die SPD muss klar machen, dass Wohnungen nicht ein Wirtschaftsgut, sondern ein Sozialgut sind. Nicht nur müssen alle Schutzmechanismen für die 2 Millionen bestehenden Wohnungen - auch die Umwandlungsverordnung - mit Leidenschaft aktiviert, sondern auch alles getan werden, um den Wohnungsneubau zu forcieren.

12.000 bis 15.000 neue Wohnungen pro Jahr müssen das Ziel sein, jede vierte Wohnung sollte hierbei im geförderten sozialen Wohnungsbau errichtet werden. Insbesondere innerhalb des S-Bahn Rings müssen wir mit unseren 6 Wohnungsbaugesellschaften dafür kämpfen, dass auf den großen privaten Bauflächen sozial und funktional gemischte, urbane Quartiere entstehen.

Wenn dies alles gelingt, bleibt immer noch das Problem, dass Familien mit Haushaltseinkommen unterhalb der Armutsgrenze bei Umzug praktisch keine Wohnungsangebote mehr finden. Der Anteil der Wohnungsangebote unterhalb der Bemessungsgrenzen hat sich von 2007 bis 2013 von 39 % auf 6 % reduziert, die Wissenschaft spricht bereits von einem „Marktversagen“.

Der kommunale Wohnungsbestand muss daher mit aller Kraft durch Ankauf und Neubau mittelfristig auf 400.000 Wohnungen steigen, die Berlinovo mit ihren 14.000 Wohnungen muss kurzfristig in den Bestand der Städtischen Wohnungsbaugesellschaften übernommen werden, die 7000 Apartments in den Bestand des Studentenwerks. Aber auch die anderen „nicht an Rendite orientierten“ Marktteilnehmer wie Genossenschaften, gem-



Ephraim Gothe, hier bei einem Rundgang mit dem Kulturforum in Mitte: „Öffentlicher Raum ist Lebensgrundlage.“

Foto: Horb

einnützige Wohnungsträger und Baugruppen müssen über die nun seit 3 Jahren lediglich angekündigte neue Liegenschaftspolitik gefördert werden.

Gewässer, Parks, Plätze und Straßen - der öffentliche Raum ist Lebensgrundlage. Die SPD muss für gut gestaltete und gut gepflegte Straßen, Plätze und Parks stehen. Sie sind der gemeinsame Lebensraum der Stadtgesellschaft, sie können auch bescheidenere Wohnverhältnisse kompensieren. Bei jedem Umbau muss Barrierefreiheit erreicht werden, müssen die Verkehrsflächen zugunsten der Fußgänger, des Fahrrads und des öffentlichen Nahverkehrs gestaltet, Schritte zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel getan werden. Es gilt, die wachsenden Städtebaufördermittel von Bauministerin Barbara Hendriks hierfür zu nutzen. Am öffentlichen Raum misst sich, wie sozial eine Stadtgesellschaft wirklich ist.

Bezirke stark machen. Die Bezirke sind aufgrund des rigorosen Stellenabbaus der letzten beiden Jahrzehnte aktuell nicht mehr in der Lage, ihre Pflichtaufgaben verlässlich zu erfüllen. Eine verantwortungsbewusste Personalentwicklung des öffentlichen Dienstes muss - streng orientiert an den Bedürfnissen der wachsenden Bevölkerung - in die Wege geleitet werden. Und Erfolge können nur gemeinsam - Senat und Bezirke - erreicht werden. Der Senat muss die Bezirke als Partner auf Augenhöhe sehen, eine Kultur der guten Zusammenarbeit ist geboten, auch hierfür muss die SPD stehen.

Die Wirtschaftskraft der Stadt entwickeln. Für die Gewinnung des breiten und wirtschaftlich denkenden Mittelstandes in Berlin ist nichts so wichtig wie die Frage der wirtschaftlichen Prosperität, der Wirtschaftskompetenz und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Hier muss die SPD

Flagge zeigen. Die Attraktivität Berlins als Ursache für den Zuzug hängt mit der Strahlkraft zusammen, die die Spreemetropole als weltoffener, toleranter und hipper Lebensort nach außen vermittelt. Und weil so viele nach Berlin kommen, ist Berlin Gründerhauptstadt, entstehen neue Arbeitsplätze in der digitalen Wirtschaft, boomt der Tourismussektor. Das weltweit positive Image der Stadt und die durch Zuzug wachsende Wirtschaft bedingen einander.

Wirtschaftsprojekt Nummer Eins ist natürlich der Großflughafen, er muss mit aller Kraft fertig gestellt werden! Wir wollen die von der EU geforderte und geförderte Smart-City-Strategie für Berlin entwickeln, denn Berlin hat das Potenzial, die Smart-City in Europa zu werden. Wir wollen den Erfolg von Adlershof mit heute 15.500 Mitarbeitern in 1000 neuen Firmen, mit 9.500 Studierenden und mit einem jährlichen Steueraufkommen von 340 Mio € (wovon 180 in die Berliner Landeskasse fließen) in Tegel mit der Urban Tec Republic wiederholen. Wir wollen das geschätzte dichte Nebeneinander von Arbeiten, Wohnen und Leben (Kreuzberger Mischung) ausbauen, wo immer es geht. Wir wollen die Modernisierung unserer technischen Infrastrukturen als Grundlage erfolgreichen Wirtschaftens forcieren.

Und nicht zuletzt: Politik ist Teamarbeit. Die erfolgreiche Bewältigung des Wachstums erfordert ein Höchstmaß an Kommunikation und die muss in der Partei anfangen: Partei, Fraktion und die SPD-Seite des Senats haben hierbei verschiedene Rollen zu erfüllen, trotzdem müssen sie gemeinsam handeln und nach außen geschlossen agieren. Sie müssen ernsthaft miteinander arbeiten, mit sich, mit der Mitgliedschaft und mit der Zivilgesellschaft. **Ephraim Gothe** □

AG Migration & Vielfalt:

Impfstoff gegen die geistige Pest gesucht

Dem Antisemitismus entgegenzutreten ohne neue Vorurteile zu befeuern

Der Spruch „Aus der Geschichte lernen“ ist nicht nur ein verbreitetes Schmuckelement zeitgenössischer Veranstaltungen über die dunklen Kapitel unserer Vergangenheit. Seine Warnwirkung reicht in die Gegenwart hinein. Der deutsche Antisemitismus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - in weiten Teilen und Schichten der Bevölkerung verankert - wurde damals massiv unterschätzt und für eine Randercheinung gehalten. Die Frucht dieser Epoche ist jedem Schullehrbuch zu entnehmen.

Im Kontext des Nahostkonfliktes hört man heute auf deutschen Straßen menschenverachtende Parolen, die in ihrem Duktus den SA-Parolen aus den 1930er Jahren ähneln. Unsere Schande ist, dass wir das zugelassen haben. Moderne „neue“ und „alte“ Antisemiten sind heterogen und repräsentieren verschiedene Strömungen, angefangen von der „klassischen“ rechtsradikalen Clique über den „intellektuellen Antisemitismus“ mit pseudowissenschaftlichen Argumentationen und oftmals verschwörungstheoretischen Tönen bis zu latenten Judenhasser, die Detlev Claussen mal adäquat als „Ja, aber“-Antisemiten bezeichnete. Xenophobisch können die Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, mit einem Dokortitel oder einer Berufsschulreife, Arme und Gutsituierte werden. Laut dem Antisemitismusbericht des Bundestages von 2012 ist jeder Fünfte in Deutschland latent antisemitisch. Der allgemein wirkende Impfstoff gegen diese geistige Pest ist offensichtlich noch nicht gefunden.

Aber auch wenn der Antisemitismus in allen Teilen unserer Gesellschaft vertreten sein kann und ist, ist die derzeitige öffentliche Wahrnehmung geprägt von den Bildern von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund, die sich auf pro-palästinensischen Demos massiv und vor allem aggressiv gegen Israel aussprechen. Deutschland ist darüber empört. Zu Recht, denn die Gewaltbereitschaft und Verachtung gegenüber Juden ist nicht zu akzeptieren.

Die deutsche Öffentlichkeit muss jedoch zu einem bewussteren Umgang mit derartigen Phänomenen finden. Statt die Vorurteile gegenüber Muslimen als Gesamtgruppe zu befeuern, wäre es wichtig, auf der einen Seite den antisemitischen Handlungen mit Mitteln des Strafrechts Einhalt zu gebieten und gleichzeitig deutlich zu machen, dass Antisemitismus auch bei Muslimen nicht der Normalfall ist.

Um das in den Medien gezeigte Phänomen zu begreifen, müssen wir uns aber auch anschauen, wer die Jugendlichen sind und wie es zu einer derartigen Radikalisierung kommen konnte. In Berlin leben die meisten Migranten mit arabischem Hintergrund in wenigen Stadtteilen konzentriert. Dort werden ihre Kinder geboren und dort gehen sie zur Schule. Sie sind, entgegen den geläufigen Medienberichten, also unsere Kinder, die in Deutschland sozialisiert worden sind.

Sie wachsen jedoch getrennt von der Mehrheitsgesellschaft auf. Nicht selten gehen sie auf Schulen, in denen der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund bei 80 Prozent und höher liegt. Oft sehen sie für sich keine berufliche Perspektive. Gleichzeitig fühlen sich viele Schüler in den Schulen nicht verstanden; ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten werden nicht anerkannt. Aus der schwierigen Lage nährt sich Frust, der sich in antisemitischen Parolen äußern kann. Dem muss man entschieden entgegenwirken. Noch 2013 hat die Berliner SPD auf ihrem Landesparteitag eine verpflichtende

Lehrerfortbildung zum Thema Antisemitismus gefordert. Das kann ein sinnvoller Schritt sein, damit Lehrer und Lehrerinnen kompetent und mündig mit dem Thema im Unterricht umgehen können.

Wir brauchen aber vor allem eine Gesellschaft, in der alle Schüler gleiche Chancen auf gute Bildung haben, unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft. Eine stärkere Durchmischung in Klassenzimmern, nicht nur ethnisch, sondern vor allem sozial, ist ein entscheidender Schritt dorthin. Dafür müssen gerade die schwierigsten Schulen zu den attraktivsten unserer Stadt werden, sowohl für Lehrer als auch für bildungsinteressierte Familien. Bessere Betreuungsschlüssel und attraktive Schulkonzepte sind die Stichwörter dazu. Die SPD hat mit dem Bonus-Programm die ersten Schritte in diese Richtung gemacht. Der Weg ist aber noch lang und kostet vor allem Geld. Wir sagen, es lohnt sich und wir sagen: Es wird endlich Zeit!

Dmitri Stratiewski, Hakan Demir und Maja Lasic (AG Migration und Vielfalt in der SPD Berlin) □

„Tragt einen Davidsstern“

Ein Selbstversuch in Neukölln

Andrew Walde, seit fast 40 Jahren in der SPD und aktiv in der Arbeit gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, hat aus Solidarität mit den in Deutschland lebenden Juden, die in den vergangenen Tagen und Wochen antisemitischen Übergriffen ausgesetzt waren bzw. sind, an seinem Auto eine schwarz-rot-goldene und eine israelische Fahne mit dem Davidsstern angebracht. Damit ist er zu einem Termin nach Neukölln-Nord gefahren.

„Ab Bahnhof Neukölln zog das nicht nur irritierte Blicke nach sich, sondern an Ampeln auch Beschimpfungen“, berichtet Walde. „Juden-Schwein, Mörder, Wixer ... alles dabei. Tür-Verriegelung runter. Aus insgesamt drei nachfolgenden Autos wurde ich gefilmt oder fotografiert. An einem Fußgänger-Überweg von türkischen oder arabischen Jugendlichen bespuckt. Wäre die Ampel nicht auf grün gesprungen, hätten sie mir die Fahne abgerissen. In der Karl-Marx-Straße: Geschäfte mit T-Shirts „Free Palestine“ auf dem Gehsteig. Daran ein DIN A4-Zettel



Auto mit deutscher und israelischer Flagge.
Foto Walde

„10 Euro als Spende für Gaza“. Weitere Shirts mit Kindern mit Kalaschnikov. Landkarten ohne Israel.“ Er fühle sich wie im Feindesland, stellt Walde fest: „In fremder Uniform hinter der Front abgesetzt. Im Krieg. Unfassbar. Ich bin in Deutschland im Jahr 2014. In der toleranten, multikulturellen Hauptstadt Berlin.“ Er empfehle diesen oder ähnliche Versuche allen Politikern und Journalisten, so Walde: „Setzt euch eine Kippa auf, tragt einen Davidsstern oder gar einen schwarzen Mantel.“ Seine Forderung: „Wir müssen handeln.“ **BS □**

Nahost:

Was jetzt gesagt werden muss

Hans Kremendahl: Der Grat zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus ist schmal

„Was gesagt werden muss“ über-schrieb Günter Grass 2012 sein Israel-kritisches Gedicht, in dem er der „Atommacht Israel“ vorwarf, den Weltfrieden zu gefährden. In diesen Wochen sind es die Bilder aus Gaza von zerstörten Häusern, die Nachrichten über zahlreiche Tote und Verletzte, die aufwühlen und auch zu Kurzschlüssen verleiten.

Wir erleben - nicht nur, aber auch - in Deutschland antiisraelische Demonstrationen, die in offenen Antisemitismus münden. Parolen wie „Israel Kindermörder“ oder gar „Juden ins Gas“ sind auf deutschen Straßen zu hören. Auf die Wuppertaler Synagoge wurde ein Brandanschlag verübt. Islamisten, deutsche Rechtsextreme und irgeleitete Linksradike verbinden sich in einer unheiligen Allianz. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, berichtet von besorgten Fragen jüdischer Mitbürger, ob man denn die Koffer packen müsse.

Politik und Massenmedien haben für diese Situation die politisch-korrekte Formel parat: Kritik an der israelischen Politik ist auch für Deutsche erlaubt und ggfs. notwendig, Antisemitismus in jeder Form ist aber zu verurteilen und zu bekämpfen. Und die in Deutschland lebenden Juden sind schließlich für die Politik Israels nicht verantwortlich.

Abstrakt sind diese Aussagen richtig. Und sie verschaffen im sicheren Deutschland ein ruhiges Gewissen. So lässt sich leicht an „beide Seiten“ appellieren, doch endlich die Waffen ruhen zu lassen und in Verhandlungen einzutreten. Nur leider fruchten diese Appelle in der Realität des Nahen Ostens nichts!

ISRAELS EXISTENZKAMPF

Denn es gibt nicht die beiden Seiten, die gleiche Schuld an den Gewaltausbrüchen tragen und an deren Vernunft man erfolgreich appellieren könnte. Seit der Staatsgründung 1948 sieht sich Israel von Mächten umgeben, die diesem Staat das Existenzrecht bestreiten und ihn vernichten wollen. Israel befindet sich - trotz der nach mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen erreichten Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien - im permanenten faktischen Kriegszustand. Das hat notgedrungen zu einer Militarisierung des Landes geführt, das gleichwohl bis heute die einzige wirkliche Demokratie im Nahen Osten ist. Da liegt auch die Quelle der umstrittenen Siedlungspolitik, die letztlich ein



Warnt vor Kurzschlüssen in der Debatte: Hans Kremendahl, früherer Wuppertaler Oberbürgermeister, ehemaliger Berliner Staatssekretär und Landesgeschäftsführer der Berliner SPD.

Instrument des Selbstschutzes und der Sicherheit war.

Der Gegner Israels im aktuellen Gaza-Konflikt, die islamistische und terroristische Hamas, ist nicht friedensfähig. Ihr Ziel ist nicht ein unabhängiger palästinensischer Staat in Koexistenz mit Israel, sondern die Vernichtung des Staates Israel und die Auslöschung seiner jüdischen Bevölkerung. Die Hamas nimmt die eigene Bevölkerung in Gaza als Geisel, schießt ihre Raketen auf Israel aus Wohnblocks, Schulen und Krankenhäusern ab - um dann heuchlerisch mit dem Finger auf Israel zu zeigen, wenn diese Einrichtungen von israelischen Bomben getroffen werden und es dabei Opfer in der Zivilbevölkerung gibt. Der Führer der Hamas, Maschaal, sitzt feige im sicheren Katar, während seine Landsleute leiden und sterben. In jenem Katar, das die Hamas finanziell unterstützt, aber ungehindert in deutsche Firmen investieren und 2022 eine Fußball-Weltmeisterschaft ausrichten darf ...

Immer wieder hat im gegenwärtigen gewaltsamen Konflikt Israel einer Waffenruhe zugestimmt, die von der Hamas gebrochen wurde.

Jedes zivile Opfer - jedes getötete Kind zumal - ist eines zuviel. Aber man muss schon sehr weit weg von der Realität sein, um sich zu wundern, dass ein Land sich auch mit militärischen Mitteln wehrt, das seit Jahrzehnten angegriffen, mit Raketen bombardiert und von Selbstmordattentätern heimgesucht wird.

Nein, der Gaza-Konflikt eignet sich nicht für eine bequeme Äquidistanz. Es ist die Hamas, die der Aggressor ist. Und es ist Israel, das um seine Sicherheit, ja seine Existenz kämpft. Ich stehe nicht im Verdacht, allzu häufig mit Angela Merkel übereinzustimmen.

Aber ihr Wort, dass die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson gehört, unterschreibe ich uneingeschränkt. Zumindest das sind wir diesem Land, aber auch unserem Selbstverständnis, aufgrund der deut-

schen Geschichte, aufgrund der Shoah schuldig!

DIE FLIESENDE GRENZE

Meine These ist, dass die politisch-korrekte Äquidistanz die Grenze zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus fließend macht. Und darin liegt für unsere Demokratie auch eine innere Gefahr. Studien haben gezeigt, dass 20-25 Prozent der Deutschen ein latent rechtsradikales Weltbild haben.

Dass extreme Islamisten zwischen ihrer Israelfeindschaft und dem Hass auf Juden schlechthin nicht unterscheiden, ist offenkundig. Die Gefahr ist, dass die vordergründig legitime Kritik an Politik und Regierung Israels den nach wie vor vorhandenen latenten Antisemitismus manifest werden lässt. Nach dem Motto: Wenn schon die Medien, wenn schon demokratische Politiker sagen, was Israel alles falsch macht, dann bestätigt das doch, was „man“ immer schon über die Juden gedacht hat - und was man doch noch aussprechen darf ... Zu solchen fatalen Schlüssen kann unfreiwillig auch um Objektivität bemühte Medienberichterstattung führen, etwa wenn von schweren Angriffen Israels die Rede ist, die erschreckenden Bilder gezeigt werden - und dann eher im Nebensatz erwähnt wird, dass die Hamas auch wieder Raketen auf israelische Städte abgefeuert hat.

Gewiss: Nicht alles, was die Regierung Netanjahu tut, ist sakrosankt und jeder Kritik entzogen. Die gibt es auch in Israel selbst. Aber im Vordergrund muss das Wissen stehen, dass der Staat Israel um sein Überleben kämpft und es mit einem Feind zu tun hat, der ihn und seine Menschen vernichten will.

Frieden im Nahen Osten wird es nur geben, wenn eine demokratische palästinensische Republik in der Westbank und in Gaza entsteht, die Israel anerkennt und von diesem anerkannt wird. Um das von der Utopie zur Realität zu machen, muss die Hamas politisch ausgeschaltet werden, nicht nur durch israelisches Militär, sondern auch durch die Palästinenser selbst und durch die angrenzenden arabischen Staaten, die gleichfalls an Frieden interessiert sind.

Solange der Konflikt andauert, müssen wir solidarisch sein: Mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern jüdischen Glaubens - und mit dem Staat Israel!

Das, so meine ich, muss jetzt gesagt werden.

Hans Kremendahl □

Ausstellung:

Proteste gegen den Krieg

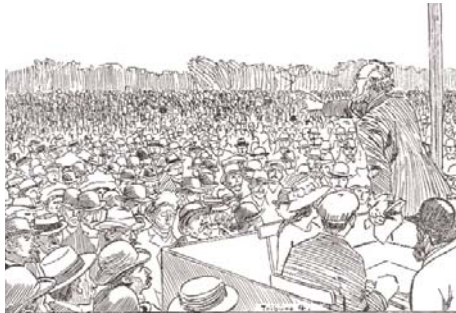
August Bebel Institut erinnert an Friedensaktionen 1914

Am Freitag, 5. September, 18 Uhr eröffnet das August Bebel Institut (ABI) die Ausstellung und Veranstaltungsreihe „Menschen gegen den Krieg. Proteste in Berlin 1914/18“ mit einem Grußwort von Heidemarie Wieczorek-Zeul, ehemalige Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Im Zentrum der Ausstellung stehen die Proteste, die in den 1910er Jahren in Berlin gegen den Ersten Weltkrieg stattfanden. Dazu zählen wenig bekannte Aktionen wie der Schmuggel eines Anti-Kriegs-Flugblatts in einer Schuhsohle der Sozialdemokratin Martha Arendsee, aber auch das öffentliche Engagement von Feministinnen wie Clara Zetkin oder Parlamentariern wie Hugo Haase.

Mit Fotos, Texten und Dokumenten präsentiert die Ausstellung die Vielfalt der Berliner Proteste gegen den Ersten Weltkrieg, vom proletarischen bis zum bürgerlichen Lager. Gezeigt wird, dass sich bereits 1911 Hunderttausende in Berlin versammelten (siehe BS 12 und 13/14), um gegen einen drohenden Krieg zwischen Deutschland und Frankreich zu protestieren. Während des Krieges bestreikten Arbeiter/innen Munitionsfabriken, Frauen brachten ihren Unmut über die Lebensmittelknappheit handgreiflich zum Ausdruck, Priester sprachen Friedenspredigten.

„Im aktuellen Rummel um den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren wird meist vergessen, dass es jenseits von Kriegshandlungen und Kriegsleiden auch vehemente Proteste gegen den Krieg gab“,



Friedenskundgebung 1911: Zeichnung im Vorwärts.

erklärt Ingo Siebert, Geschäftsführer des ABI. „Mit der Ausstellung und Veranstaltungsreihe zeigen wir, dass wo Krieg war, auch immer Protest gegen Krieg stattfand.“

Die Ausstellung eröffnet am Freitag, 5. September, 18-21 Uhr mit einer Diskussionsveranstaltung über Anti-Kriegs-Protest von 1910 bis heute. Es diskutieren die Friedensaktivistin und Bundestagsabgeordnete Ute Finckh-Krämer (SPD), die Historikerin Gisela Notz und der Ausstellungskurator Henning Holsten.

Sechs weitere Veranstaltungen widmen sich unter anderem dem Anti-Kriegs-Aktivismus speziell von Frauen, der Arbeit antimilitaristischer Bewegungen in der BRD und DDR sowie den Versuchen, nach dem Ersten Weltkrieg eine pazifistische Weimarer Republik aufzubauen. So stellt Benjamin Ziemann am 11. September (19 Uhr) sein Buch „Veteranen der Republik. Kriegserinnerung und demokratische Politik 1918-1933“ (Verlag J. H. W. Dietz) vor. Am 19. September berichtet Tommy Spree über die Arbeit des Antikriegsmuseums. **BS** □

1914: Das „Ja“ der SPD

Am Nachmittag des 2. August 1914 kamen führende Vertreter der SPD-Rechten im Garten der Villa des SPD-Reichtagsabgeordneten Paul Göhre in der Prinz-Handjery-Straße 38 (heute 66) zusammen, um eine Erklärung zu verfassen, die dem Fraktionsvorstand am gleichen Abend für die Zustimmung zu den Kriegskrediten vorgelegt wurde.

Im Nachbarhaus, heute Prinz-Handjery-Straße 67 wohnte der SPD-Reichtagsabgeordnete Albert Südekum, der bereits Ende Juli 1914 geheime Unterredungen mit Vertretern der Reichsregierung dazu hatte.

Das Ereignis am 2. August 1914 im Garten in Zehlendorf schildert Philipp Scheidemann in seinen Lebenserinnerungen: „Um fünf Uhr nachmittags kamen David, Fischer, Molkenbuhr, Schöpflin, Wels, Südekum und ich in dem Garten Göhres in Zehlendorf zusammen und formulierten dort nach stundenlanger Beratung eine Erklärung. Abends neun Uhr erneuter Kampf im „Vorwärts“ mit Haase und Ledebour... Wir gingen erst gegen Mitternacht auseinander. Ich verbrachte eine schlaflose Nacht. Wird es gelingen, die Fraktion für ein Ja (zu den Kriegskrediten) zu gewinnen oder nicht?“ (Philipp Scheidemann, Memoiren, 1928)

Das Ereignis im Garten in Zehlendorf in der Nachbarschaft des Schönower Parks veränderte die SPD, die internationale Arbeiterbewegung und die Welt grundlegend. Das ist bekannt. Der Ort ist es weniger.

Burkhard Zimmermann □

Porträt:

Wiederaufbau, Teilung und Zusammenwachsen

Helga Ernst über Waldemar Schulze: Stationen eines sozialdemokratischen Lebens (I)

Waldemar Schulze strandete im Juni 1945 nach seiner Flucht aus Niederschlesien in Berlin - ein echter Berliner, der bald zum Kreuzberger wurde und in Kreuzberg zu einem unverwechselbaren Sozialdemokraten. Hier führte sein steiniger Weg nach oben: Er wurde Bundestagsabgeordneter und Mitglied im Parteirat, ein Linker, der die Mühen der Ebene durchschritten und durchlitten hatte. Die Berliner SPD war in dieser Zeit durch heftiges Flügelgeschlagen geprägt. Schulze genoss das Wohlwollen der Linken und dank Gesprächs- und Kompromissbereitschaft die Akzeptanz der Rechten. Kompromisslos blieb und bleibt dage-



Waldemar „Waldi“ Schulze: Am 9. Juli ist der frühere Bundestagsabgeordnete und Kreuzberger Bürgermeister 84 Jahre alt geworden.

gen sein Bekenntnis: **Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Die Sozialdemokratin Helga Ernst hat nach Gesprächen mit Waldemar Schulze für die BERLINER STIMME Stationen seines Lebens nachgezeichnet.**

Wie schlägt man sich durch, einige Wochen nach Kriegsende im verwüsteten Berlin, allein, als Fünfzehnjähriger? Waldemar Schulze schleppte schweres familiäres Gepäck mit sich: Sein Vater war zum Kriegsende von einem sowjetischen Soldaten auf offener Straße erschossen worden. Als Uhrmacher trug er stets einige reparierte Uhren am Arm mit sich. Waldemar vermutet darin die Ursache des gezielten

Fortsetzung Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

Erschießens. Sein Vater liegt in einem Massengrab, seine Mutter wurde nach der Besetzung Schlesiens seit Mai 1945 vermisst. Überlebende berichteten, dass sie wie viele andere Frauen wahrscheinlich im Braunkohlen-Flachschatz arbeiten musste und dort zu Tode kam.

Waldemar Schulze selbst wurde von den Sowjets mehrmals kurz inhaftiert. Er hatte am 1. April 44 eine Lehre als Industriekaufmann bei Carl Zehe KG in Sorau angetreten. Die Lehre wurde unterbrochen, nachdem er einem Einsatzbefehl in das Wehrrüchtigungslager Reit- und Fahrschule Cottbus zur Vorbereitung für den Kriegseinsatz Folge leisten musste. Dort legte er eine Reiterprüfung sowie eine Fahrerprüfung für Gespanne ab. Er wurde als Kolonnenwagen-Fahrer im Osteinsatz bei Frankfurt/Oder verpflichtet und hatte Verpflichtung für die „Ostwall-Schipper“ zu transportieren, die - ebenfalls 14 oder 15 Jahre alt - schippten mit Spaten und Schaufeln tiefe, breite Gräben zum Stoppen sowjetischer Panzer. Nicht ein einziger Panzer wurde dadurch aufgehalten.

Als das Gerücht die Runde machte, dass eine Verhaftungswelle bevorstünde, entschloss sich Waldi mit einem Freund zur gemeinsamen Flucht - zu Fuß und mit nichts als dem, was sie auf dem Leibe trugen. Versteckt oben auf einem Braunkohlewagen überquerten sie die Lausitzer Neiße. Von da an ging es den Rest der Strecke zu Fuß.

Der Nachhall des Krieges und das Erleben des Trümmerhaufens Berlin, umherirrender und hungernder Berliner, zu zigtausenden in Richtung Westen ziehender Flüchtlinge, die sich nur 24 Stunden in der Stadt aufhalten durften - all das war gewaltig. Überleben lautete das Gebot der Stunde.

Waldi begann als Transportarbeiter bei der amerikanischen Besatzungsmacht auf dem Flughafen Tempelhof, arbeitete sich hoch zum Küchenhelfer - und das bedeutete den Erhalt der Lebensmittelkarte für Arbeiter. Das blieb er bis Ende '45.

Nach diversen Gelegenheitsarbeiten wurde er Anlernling im Elektrohandwerk, wo er es bis zum Elektromontageleiter brachte. Wegen anfänglich geringer Lehrlings-Entlohnung konnte er an einer „Lehrlingsspeisung“ der Amerikaner teilnehmen, die in einem Kreuzberger Freizeithaus eingenommen werden musste.

Mittlerweile hatte Waldemar im November '45 seinen ersten Berliner Ausweis mit Kreuzberger Adresse, bekommen, und das trotz Zuzugsstopps, den die Alliierten verhängt hatten. Das änderte nichts an der jahrelangen Untermieter-Odyssee, bis endlich dank Flüchtlingsausweis die erste Wohnung bezogen werden konnte.

1947 wurden von den Alliierten vier Ju-



Waldemar Schulze: Ein Bild aus seiner Zeit bei den Falken.

gendverbände zugelassen: die Falken, die FDJ, die Pfadfinder und die Jungen Europäischen Föderalisten JEF. Mit dem Eintritt 1947 in die Sozialistische Jugend Die Falken begann Schulzes politischer Weg. Er war Leiter der Falken-Kinderarbeit, der Jugendarbeit, Mitglied des Bezirksjugendringes. Als der Kreuzberger Bezirksjugendausschuss Kinder- und Zeltleiter für ein Zeltlager suchten, fiel die Wahl auf Grund seiner Falken-Erfahrung auch auf Schulze.

Dieses Zeltlager, das die Amerikaner für Kinder ihres Sektors zur Verfügung gestellt hatten, befand sich von 1947 bis 49 auf der Pfaueninsel, stand aber unter deutscher Leitung. Rund 500 Kinder aus dem US-Sektor - der Bezirk Kreuzberg gehörte dazu - verbrachten eine erholsame Zeit mit allem, was die Amerikaner zur Verfügung stellten: Das war in erster Linie das Essen. Das waren die Zelte. Zur Beschäftigung aber gab es lediglich Bälle. Den Rest hatten die Helfer phantasievoll selbst zu gestalten.

Allerdings: Die Kinder waren damals hungrig, aber genügsam und friedfertig. RIAS-Jugendreporter Hans Peter Herz, später Senatssprecher und Staatssekretär, kam zu „dankbaren“ Interviews ins Lager, die dann im Rundfunk gesendet wurden.

Mit der Falken-Karriere ging es weiter voran: Schulze wurde Vorsitzender der Kreuzberger Falken, Mitglied des Landesvorstandes, Vertreter im Landesjugendring. Bei vielen großen Zeltlagern der Falken Ende der 50er bis Anfang der 60er Jahre war er Teil der Lagerleitung als Pädagogischer Leiter, u.a. in Jugoslawien, den Niederlanden und Norwegen. Ebenso war er in der Leitung der Gedenkstättenfahrten der Falken nach Polen.

Es war naheliegend, dass das Bezirksamt (BA) Kreuzberg auf diejenigen zurückgriff, die sich in der praktischen Jugendverbandsarbeit bewährt hatten. So begann Waldi seine Tätigkeit im BA 1952 als Heimwart im neu erbauten Haus der Jugend

Böcklerpark und wurde später dessen Leiter. Eine nebenberufliche Erzieher-Ausbildung wurde erst in der Ausbildungsstätte der Arbeiterwohlfahrt möglich, in der sich Waldi ab 1953 zum Erzieher und später zum Sozialpädagogen im Haus am Rupenhorn qualifizierte.

Das brachte ihm 1955 die stellvertretende Leitung des Jugendwohnhauses Südost in der Wrangelkaserne, Wrangelstraße, ein, einer Einrichtung für elternlose und schwierige Mädchen und Jungen. Ein Härtestest. Nach aller Arbeit mit friedlichen Jugendlichen auch eine gute Schule für spätere Zeiten, in denen er sich mit den Konflikten in Kreuzberg auseinanderzusetzen hatte.

Mit seiner pädagogischen Qualifikation und Erfahrung avancierte er im Bezirksamt zunächst zum Sachbearbeiter in der Jugendförderung, zuständig u.a. für Fahrt und Lager, Politische Bildung, Erholungsmaßnahmen. Später wurde er Bezirksjugendpfleger.

Die interessantesten und wertvollsten Möglichkeiten, etwas zu bewirken und voranzubringen, bot laut Schulze die politische Bildungsarbeit: So nahm er z.B. Verbindung zur tschechoslowakischen Militärmission auf, in erster Linie zum Kulturattaché.

Die Alliierten richteten nach Kriegsende 15 Militärmissionen in Berlin ein, akkreditiert beim Alliierten Kontrollrat und von den Alliierten als Teil der Besatzungsbehörde angesehen. Die Missionen nahmen u.a. konsularische und wirtschaftliche Aufgaben wahr und stellten kulturelle Kontakte her. So auch die tschechoslowakische Mission. Übrigens nahm Willy Brandt seine erste Tätigkeit in Berlin in der Mission Norwegens auf.

Vom Attaché bekam er tschechoslowakische Kinderfilme zur Vorführung ausgeliehen und es wurden Ausstellungen mit Kinderzeichnungen aus dem KZ Theresienstadt organisiert. Auch gehörten Einladungen nach Prag dazu.

In den Bereich der politischen Bildung ist auch die Veranstaltungsreihe „Kabarett und Politik“ einzuordnen, die in Kreuzberg ihre Aufführungsorte hatte. Hier gastierten die Stachelschweine, das Reichskabarett, auch Franz Josef Degenhardt und was sonst noch Rang und Namen hatte am Kabarettthimmel Berlins.

In dieser Position konnte Schulze aber auch sein stetes Anliegen „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ weiterverfolgen und Jugendlichen nahebringen. Das gelang ihm mit den Gedenkstättenfahrten in ehemalige KZs: Bergen Belsen, Börgermoor, Flossenbürg. Bei all diesen Fahrten war übrigens Estrongo Nachama, damals Oberkantor der Jüdischen Gemeinde, begeistert und begeistert dabei.

Fortsetzung nächste Ausgabe □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

- 27.08.2014, 19:00, Fachausschuss Soziale Stadt - Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung, **Die großen Wohnungsbaupotentiale im Bezirk Treptow-Köpenick**, SPD Kreisbüro Friedrichshain-Kreuzberg, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
- 27.08.2014, 15:00 - 17:00, Dr. Ina Czyborra, MdA Steglitz-Zehlendorf, **Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin von Thorsten Karge, MdA
- 27.08.2014, 13:00, Brigitte Lange, MdA Märkisches Viertel / Lübars, **Stadtteiltag mit Infostand** vor dem Märkischen Zentrum, Wilhelmsruher Damm 138-140, 13439 Berlin
- 27.08.2014, 19:00, Torsten Schneider, MdA | Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung, **Roma in Berlin – Integrationsarbeit zwischen Selbstbestimmung und Fürsorge**, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 320, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 28.08.2014, 17:00 - 18:00, Thorsten Karge, MdA Reinickendorf - Wittenau, Waidmannslust und Borsigwalde, **Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Wittestraße 30E, 13509 Berlin
- 01.09.2014, 19:00 Uhr, SPD Johannisthal/Niederschöneweide, **Treptow-Köpenick - ein Bezirk mit Zukunft**, mit Rainer Hölmer, Bezirksstadtrat für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt, im großen Saal des Nachbarschaftshauses „Villa offensiv“ (Erdgeschoss), Hasselwerderstraße 38, Niederschöneweide.
- 03.09.2014, 18:30 - 20:30, Fachausschüsse Mobilität, Natur, Energie, Umweltschutz, **Besuch des Innovationszentrums für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ) GmbH**, Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel (InnoZ) GmbH, Torgauer Str. 12 - 15, 10829 Berlin. Eine schriftliche Anmeldung bis 27. August ist erforderlich bei sybille-uken@t-online.de
- 03.09.2014, 18:00 - 19:00, Clara West, MdA - Pankow, **Beratung zum Sozialrecht**, Bürgerbüro von Clara West, MdA, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin
- 03.09.2014, 17:00 - 18:30, Jörg Stroedter, MdA Reinickendorf, **Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Waidmannslust Damm 149, 13469 Berlin. Vorherige Anmeldung erbeten unter 030-701 78 034 oder per Email an info@joerg-stroedter.de.
- 04.09.2014, 17:00 - 18:00, **Frank Jahnke, MdA: Sprechstunde im Bürgerbüro**, Goethestr. 15, 10625 Berlin
- 06.09.2014, 14:00 - 18:00, SPD Mitte - Abt. Schillerpark, **Kinder- und Stadtteilstag im Schillerpark**, hinter der Kita, Barfusstraße Ecke Edinburger Straße, 13349 Berlin
- 11.09.2014, 15:00, FA X - Natur, Energie und Umweltschutz & Daniel Buchholz **Wassertour zum Klärwerk Waßmannsdorf**, Abfahrt des Busses um 15:00 Uhr am Fontaneplatz (direkt am S- und U-Bahnhof Potsdamer Platz (Berlin-Mitte). Rückkehr gegen 19:30 Uhr in Berlin. Eine verbindliche Anmeldung ist nötig, entweder unter stock517@gmx.de oder telefonisch unter 0173 49 065 27.
- Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

Trauer um Rolf Kawel

Rolf Kawels aktive SPD-Zeit war seine Jusozeit. Er zog 1974 als Germanistik-Student ins Dahlemer Studenten-Wohnheim und war sofort daran beteiligt, dieses neue Wohnheim nach dem 1973 blutig gestürzten sozialistischen chilenischen Präsidenten Salvador Allende zu benennen. Rolf war der geniale Organisator und DJ der legendären „Rock n Roll on Wannsee“-Tour auf einem Haveldampfer. Er war maßgeblich beteiligt an den Aktivitäten der Dahlemer Jungsozialisten und ihren damals vielfältigen Publikationen.

Dazu zählten u.a. die Durchführung und Organisation der Veranstaltung „Marx aktuell“ mit Wolfgang Abendroth im Dahlemer Gemeindesaal 1983. Die Broschüre dazu (vom SPD-Kreisverband Zehlendorf im dvk-Verlag herausgegeben) hatte Rolf erstellt.

Rolf engagierte sich in der Friedensinitiative Zehlendorf, der Falken-Kindergruppe, im Ferienlager und jugendpolitisch u.a. im Zehlendorfer Bezirksjugendring.

Sein schulischer und beruflicher Weg war nicht einfach; als er (von uns) irgendwann ein politisches Betätigungsverbot bekam, schloss er nach langer Zeit sein Lehrstudium und das Referendariat ab.

Über den damaligen SPD-Kreiskassierer Günther Adam gelang es Rolf, bei dessen Schultz-Hencke-Verein jahrzehntelang mit schuldistanzierten und hochintelligenten Jugendlichen zu arbeiten. Dies tat er arbeitsmäßig erst in Berlin, anfangs in Schlachtensee, später in Brandenburg.

Rolf verblieb immer in der Dahlemer SPD, auch wenn ihn jede Große Koalition an den Rand des Partei-Austrittes brachte.

Er engagierte sich jahrelang in der Dahlemer SPD, wenn auch immer in der zweiten Reihe und wenn man ihn brauchte. Rolf war ein sehr engagierter und sehr kritischer Genosse. Ungerechtigkeit in der Gesellschaft und in der Partei konnte Rolf nie ertragen.

Die Probleme seiner beruflichen Zukunft führten ihn dann zuletzt an eine Reinickendorfer Schule.

Durch seine kroatische Frau Diana verbrachte er die Ferien regelmäßig in ihrem Heimatland. Er ist in Kroatien am 13. August 2014 an einem Herzinfarkt verstorben. Unsere Mitgefühl gilt besonders seiner Frau.

Burkhard Zimmermann □

TERMINE

- 25.08.2014, 19:00 - 21:00 Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Technologie, **Vorstandswahl**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 26.08.2014, 17:30 - 18:30, **Sprechstunde Frédéric Verrycken, MdA** Charlottenburg-Nord, AWO-Treff, Reichweindamm 6, 13267 Berlin

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Unverstellte Realitäten

Fotografien von Walker Evans im Martin-Gropius-Bau

Gereon Sievernich hat endlich ein lang gehegtes Traumprojekt realisiert. Der Chef des Martin-Gropius-Baus holte die beeindruckende Werkschau des amerikanischen Fotografen Walker Evans (1903-1975) nach Berlin. Evans Fotografien zählen für Sievernich zu den Ikonen der sozialdokumentarischen Fotografie. Wohl zu Recht.

Evans, der eigentlich Schriftsteller werden wollte, begann nach einem Paris-Aufenthalt 1926 mit der Fotografie. Nach einem Treffen mit dem Schriftsteller James Joyce skizzierte er seine neuen Ambitionen mit den Worten, er wolle so fotografieren, wie Joyce schreibt, kolportiert Sievernich. Tatsächlich entwickelt sich seine fotografische Sprache in der Wiedergabe des scheinbar belanglosen Alltags. Wie ein roter Faden ziehen sich Straßenszenen durch das Lebenswerk Evans.

Er fotografiert Blüten im Garten seines Vaters, Herrschaftshäuser im viktorianischen Stil, porträtiert Zeitgenossen. Aber die Jahre der Großen Depression nach der Weltwirtschaftskrise in den 1930ern führen ihn zu den Leidtragenden verfehlter Ökonomie, in die ländlichen Gebiete der Südstaaten mit armseligen Hütten und in die Industriereviere des Südostens. Walker Evans fotografierte oft mit einem Winkel-sucher oder mit einer versteckten Kamera, so blieb er zumeist als Fotograf unentdeckt und ihm gelangen so ungestellte, lebensnahe Porträts. Evans Fotografiesprache beeinflusste zahlreiche andere amerikanische Fotografen, so auch Diane Arbus, deren Fotos Sievernich unlängst im Martin-Gropius-Bau gezeigt hatte.

Ein Großteil seiner Fotografien sind im amerikanischen Wirtschaftsmagazin „Fortune“ erschienen und er übernahm für Jahre den gesamten fotografischen Auftritt des Magazins. Das New Yorker Museum of Modern Art (MoMA) zeigte bereits



Eine junge Frau vor einem Bekleidungsgeschäft.
© Walker Evans Archive, The Metropolitan Museum of Art

1933 erstmals Walker Evans Fotografien. Weitere Ausstellungen in den USA folgten. Das Metropolitan-Museum in New York verfügt über mehr als 4000 Fotografien und Dokumente des Fotografen.

Die beeindruckende Ausstellung im Martin-Gropius-Bau zeigt 200 Fotografien von Evans sowie seinen 12-minütigen Film über eine Schiffsreise nach Tahiti. Sie ist bis zum 9. November 2014 zu sehen.

Zeitgleich zeigt der Martin-Gropius-Bau eine weitere sehenswerte Ausstellung: „Die Welt um 1914 - Farb fotografie vor dem großen Krieg“. Die damals junge Farbfotografie hatte den französischen Bankier Albert Kahn inspiriert, und er schickte kurz vor Kriegsbeginn Fotografen in viele Winkel der Welt. Er sah diese Weltsicht auch als Beitrag zur Friedenssicherung. Die Ausstellung umfasst 200 Fotos von fast allen Erdteilen. Die Ausstellung ist bis zum 2. November zu sehen, Eintritt 9 Euro, ermäßigt 6,50 Euro. Beide Ausstellungen sind Beiträge zum Europäischen Monat der Fotografie.

Gunter Lange □

➡ Walker Evans-Ausstellung: Mittwoch bis Montag von 10-19 Uhr, Eintritt 7 Euro, ermäßigt 5 Euro. Ein hochwertiger Katalog ist im Hatje Cantz Verlag erschienen, 49,80 Euro.

KULTURTIPPS

Diskussion mit Kulturstaatssekretär Tim Renner. „Aufruf zum Weiterdenken: Strategien der Berliner Kulturpolitik“ - unter diesem Motto laden das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie und die Berliner SPD am 3. September um 19.30 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß und Kulturstaatssekretär Tim Renner ins Podewil. Mit ihnen diskutieren Leonie Baumann, Rektorin der Kunsthochschule Berlin Weißensee, Harald Jähner, Leiter des Feuilletons der Berliner Zeitung, und Joachim Günther, Vorsitzender des Kulturforums Stadt Berlin der Sozialdemokratie.

➡ Mittwoch 3. September 2014, 19.30 Uhr, Podewil, Klosterstraße 68-70, 10179 Berlin. Anmeldung: www.spd-berlin.de/kulturveranstaltung

Die letzten Karten für „Kästner für Erwachsene“. Für die Vorstellung „Kästner für Erwachsene“ im Theater im Palais, zu der die Berliner Stimme und das Kulturforum am Dienstag, dem 23. September, einladen, stehen noch Karten zur Verfügung. Sie kosten in Kategorie I 22 € (12 € erm.), in Kategorie II 19 € (10 € erm.). Eine Einführung in die Arbeit des Theaters und das Stück geben um 19 Uhr die Vorsitzende des Fördervereins Theater im Palais e. V. und Staatssekretärin a.D. Monika Helbig und Intendantin Gabriele Streichhahn. **BS** □

➡ Anmeldungen unter www.spd-berlin.de/theaterbesuch, per Mail an berliner.stimme@spd.de, Tel. 4692 150.

Ausstellung Artur Märchen. Bis zum 30. August ist in der Browse Gallery auf der Empore in der Marheineke Markthalle eine Ausstellung mit Arbeiten von Artur Märchen zu sehen. Märchen, 1932 geboren und 2002 verstorben, gehörte zur Kreuzberger Künstlerszene der sechziger und siebziger Jahre. **BS** □

➡ Marheinekeplatz 15, 10961 Berlin, Mo - Fr, 8 bis 20 Uhr, Sa 8 - 18 Uhr.